
Kapitalismus ohne Arbeitslosigkeit?*

Josef Steindl

Kann der Kapitalismus Arbeitslosigkeit vermeiden? Nein, war vor 15 Jahren die Antwort des Sozialismus. Aber manche, die damals nein sagten, sagen heute ja, oder die reden und deuten wenigstens so, als ob man ja verstehen solle. Der rosige Optimismus ist etwas unzeitgemäß; in den meisten Ländern Europas sowie in den Vereinigten Staaten kann von voller Beschäftigung nicht mehr die Rede sein. Mehr als das, es ist schon jetzt klar, dass keine ernsthaften Maßnahmen zur Wiederherstellung dieser Vollbeschäftigung ergriffen werden. Während die Beschwichtigungshofräte der Arbeiterbewegung noch immer volle Beschäftigung versprechen, sind die routinierten Vertreter des Kapitalismus längst dazu übergegangen, die Unerwünschtheit der vollen Beschäftigung unter der Mittelklasse zu propagieren.

Wir müssen uns aber mit dem Propheten eines reformierten Kapitalismus auseinandersetzen, denn es ist nicht ganz einfach zu verstehen, wieso eigentlich das große Versprechen der vollen Beschäftigung, das die Regierung in der Zeit ihrer Bedrängnis gegeben hat, sobald vergessen wird. Wie die moderne Ökonomie gezeigt hat, ist es durchaus möglich, volle Beschäftigung zu schaffen, wenn der Staat die geeigneten wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergreift. Die Arbeitslosigkeit entsteht aus einem Mangel an kaufkräftiger Nachfrage, ihre letzte Wurzel ist der Umstand, dass der Kapitalismus nicht geneigt ist, den Arbeitern einen größeren Anteil am Volkseinkommen zu geben, um so den Konsum der erzeugten Güter sicherzustellen. Dem kann abgeholfen werden, wenn der Staat in irgendeiner Form den Massen zusätzliche Kaufkraft zuführt. Etwa durch Herabsetzung der Massensteuern, durch Subventionierung lebenswichtiger Güter, durch Kinderzulagen aus öffentlichen Mitteln, durch Bereitstellung neuer Wohnungen zu niedrigem Zins etc. Die Finanzierung der zusätzlichen Staatsausgaben (durch Anleihen oder Gewinnsteuern) ist eine technische Frage, die ohne Schwierigkeit gelöst werden kann, und auch die Zunahme der Staatsschuld bedeutet kein unüberwindliches Problem.

Die moderne Ökonomie hat ganz genau gezeigt, wie man dauernde und stabile Vollbeschäftigung erreichen kann; warum wird es trotzdem nicht getan? Halten wir uns vor Augen, was die Politik der vollen Beschäftigung im

* Der Text dürfte im Jahr 1950 verfasst worden sein. Da das Original maschineschrieben war, aber ohne Umlaute, war Redigieren notwendig.

Kapitalismus bedeutet. Der Kapitalismus krankt daran, dass er den Arbeitern nicht genügend Kaufkraft geben will; die Vollbeschäftigungspolitik bedeutet, dass der Staat den Arbeitern zusätzliche Kaufkraft zur Verfügung stellt, damit er die sonst unabsetzbare Erzeugung verkaufen kann. Sie läuft also darauf hinaus, dass der Kapitalismus sich sozusagen selber überlistet und durch den Staat dem Arbeiter die Kaufkraft übermitteln lässt, die die Unternehmer selber ihm nicht direkt gewähren wollen. Kann die Selbstüberlistung gelingen? Es sprechen schwerwiegende politische Gründe dagegen. Wenn die Kapitalisten dem Staat die Aufgabe zuweisen würden, konsequent eine Vollbeschäftigungspolitik zu betreiben, würden sie damit den Einfluss und die Machtbefugnis des Staates in einer Weise stärken, die ihnen unliebsam und gefährlich erscheint. Der Kapitalismus ist im Allgemeinen bestrebt, den Staat schwach genug zu halten, um jede Gefahr zu bahnen, dass er von den Kapitalbesitzern unabhängig werden könnte. Das ist die Grundlage jedes parlamentarischen Regimes und des demokratischen Kapitalismus. Die Kompliziertheit der parlamentarischen Gesetzgebung, die zum Beispiel in England das Sozialversicherungsprogramm der Labourregierung erschwert hat, die Vertracktheit der Konstitution, die in Amerika eine zielgerechte Krisenpolitik von vornherein unmöglich macht, dienen alle dazu, den Staat an der Entfaltung einer allzu aktiven Tätigkeit zu hindern. Der klassische Liberalismus hat diese Tendenz grobschlächtig verfolgt, indem er den Staat auf die Rolle des Nachtwächters beschränken wollte. Die moderne Praxis ist subtiler und beschränkt den wirksamen Funktionsbereich des Staates durch konstitutionelle und juristische Komplikationen und in schlimmen Fällen durch ausgesprochene Züchtung von Unfähigkeit. So besehen, hat auch die groteske Inkompetenz des gegenwärtigen Staatsapparats in Österreich ihren Sinn: Unsere Kapitalisten sind innerlich so unsicher, dass ihnen schon die Gegenwart von einem halben Dutzend hochbegabten und unabhängig denkenden Männern an leitenden Stellen als Gefahr erscheinen würde. Nach ihrer Idee soll sich der Staat darauf beschränken, die verschiedenen kapitalistischen Interessen halbwegs zu koordinieren, oder im Nachhinein die Sanktion für Entscheidungen zu geben, die bei Cocktailpartys und im Rennverein gefällt werden.

Wenn nun dem Staat die Aufgabe übertragen würde, volle Beschäftigung zu gewährleisten, und wenn es ihm auch personell und organisatorisch ermöglicht würde, diese Aufgabe zu erfüllen, dann würde sein Einfluss beträchtlich steigen. Es würde ein viel stärkerer Staat sein, der etwas zuwege bringt, der ein zielbewusstes Konzept der Wirtschaftspolitik realisiert, anstatt bloß die Aufträge von Sonderinteressen zu übernehmen, und das Bewusstsein seiner Leistung würde ihn von den Kapitalbesitzern weniger abhängig machen. Man könnte nicht wissen, in welche Hände er schließlich geraten würde. All das wissen die Kapitalisten instinktiv, sie haben es im kleinen Finger.

Nur unter einer Bedingung ist der Kapitalismus geneigt, dem Staat große Machtvollkommenheit auf wirtschaftlichem Gebiet zu übertragen: wenn es sich darum handelt, ein großes und aggressives imperialistisches Projekt zu verwirklichen, und wenn gleichzeitig der Staatsapparat in so festen Händen ist, dass eine Änderung zuungunsten der Kapitalbesitzer nicht zu befürchten steht. Diese Bedingungen waren im deutschen Nazistaat gegeben, und deshalb hat dieser Staat schon vor dem Krieg volle Beschäftigung verwirklicht. Man sieht hier auch die Erklärung dafür, warum viele Fachleute, die instinktiv kapitalistische Interessen vertreten, auffällige Schwankungen in ihren wirtschaftspolitischen Ansichten zeigen: Vor der Nazierrschaft waren sie gegen volle Beschäftigung und Planung, unter den Nazis dafür, jetzt sind sie wieder dagegen. Sie spiegeln nur die allgemeine Einstellung der Kapitalbesitzer wider.

Der zweite Hauptgrund für die Abneigung gegen die Vollbeschäftigung wird von den Vertretern des Kapitalismus selbst ganz ungeniert angeführt: Volle Beschäftigung würde den Arbeiter von der ständigen Drohung der Arbeitslosigkeit befreien, und die Unternehmer würden damit das entscheidende Mittel der Disziplinierung der Arbeiter verlieren. Die gelehrten Anwälte einer auf der nackten Existenzangst gegründeten Gesellschaftsordnung übertreiben die rein wirtschaftlichen Folgen (Verringerung der Arbeitsleistung, unregelmäßiges Erscheinen am Arbeitsplatz) natürlich maßlos. Aber man muss sie vom politischen und psychologischen Standpunkt verstehen. Die Unternehmer lieben es über alles, sich als Herren im eigenen Haus zu fühlen und die Arbeiter von sich abhängig zu wissen; sie wollen auf ihr entscheidendes Druckmittel nicht verzichten, auch wenn sie dafür ein paar Krisen einstecken müssen. Das ist eine bankrotte Lebensauffassung, aber so sind sie.

Es kann uns nicht mehr Wunder nehmen, dass in den westlichen Ländern (England, Amerika) in den letzten Jahren gegen die neumodischen Ideen von der vollen Beschäftigung Sturm gelaufen worden ist. Die stumpfsinnigen Lehren von der Notwendigkeit eines ausgeglichenen Budgets und „gesunder“ Finanzen waren schon totgeglaubt, aber sie werden heute in den europäischen Kolonien Amerikas, vor allem in Westdeutschland, auf das unheilvollste angewendet, und sie werden morgen in Amerika selbst der Forderung nach energischer Bekämpfung der Krise entgegengestellt werden.

Es ist außerordentlich wichtig für fortschrittliche Sozialisten zu wissen, dass die Kapitalbesitzer die Forderung nach dauernder Vollbeschäftigung nie gewähren werden, obwohl es in ihrer Macht liegen würde. Wir dürfen aber nicht aufhören, diese Forderung laut in konkreter Form zu erheben, weil nur aus dieser ständigen Demonstration des üblen Willens des Kapitals für uns die moralische Kraft kommen kann, um eine Änderung zu schaffen.